W-BV-V-02 Bewerbung: Mathias Ilka

Tagesordnungspunkt: W-BV Wahl Bundesvorstand

Bewerbung Bundesvorstand. Mathias Ilka, 59 Jahre. Gibt nicht viel über mich zu sagen. Bin einer von vielen-ein gewöhnlicher Niemand- ein noch gewöhnlicher Jedermann, deshalb genau das, was die Partei zur Identifikation im Aussenverhältnis benötigt. Leider verstehe ich nur zu gut, warum so viele Menschen mit unserem akademisierten, moralisierenden, selbstgefälligen, überheblichen und besserwisserischen Politikverständnis-/Stil (welcher noch nicht einmal funktioniert) große Probleme haben, sich von uns abwenden, uns regelrecht Scheiße finden und auf unser als unglaubwürdig wahrgenommenes Auftreten und Handeln kein Bock mehr haben. Z.T. uns regelrecht hassen. Die Faschisten sind auch durch uns, wenn wir ehrlich sind, mit möglich geworden, weil wir u.a. dem zerstörerischen Turbokapitalismus einfach keinen Einhalt geboten haben, im Gegenteil sogar. Wir haben sehr viele soziale Strukturen mit abgewickelt, damit viele (auch junge und alte) Menschen noch schneller und krasser sich selbst und den "Wölfen" (Demagogen und Populisten) überlassen und sind im Aussenverhältnis von anderen Parteien kaum noch zu unterscheiden. Sind seit langem keine wirkliche Wahlalternative mehr. Wir sind ein Teil des systemischen Problems geworden, welches u.a. z.B. in der Corona-Krise dazu geführt hat, dass binnen kurzer Zeit die Superreichen in unserem Lande ihr Vermögen verdoppeln konnten. Während viele Menschen der sich stark ausweitenden prekären Arbeitsverhältnisse bedienen mussten, um ansatzweise über die Runden zu kommen oder häufig auch nicht. Überschuldet, ausgegrenzt und abgehängt. Wenn man aber reich ist sind auch Krisen lukrativ. Es gab mit uns keine Übergewinnsteuer (zum Wohle und zur Entlastung aller) und die Spekulation auf dem Wohnungsmarkt hat immer neue unanständige, ganze Bevölkerungsschichten sind betroffen, existenzbedrohende Ausmaße angenommen, welche den sozialen Frieden in unserem Land nicht nur gefährden, sondern zerstören. Wir sind ebenfalls zu Marionetten des globalen Kapitals geworden, u.a. weil wir in dessen zerstörerischen, längst überholten und toxischen Strukturen Denken und Handeln. Deshalb ist es uns auch egal, ob wir mit einem Cum-Ex Kanzler Scholz regieren oder ev. 2025 mit einem Blackrockianer Merz (Heuschrecke). Wir sind längst, des Macht- aber nicht Veränderungswillen wegen, zu einer SPD und CDU light, mit einem kräftigen Schuss FDP, mutiert. Wir haben nicht wirklich als Partei verstanden, was Klimakollaps in seiner epischen Auswirkung, zeitnah für den Weiterbestand unserer Zivilisation, unserer Demokratie und damit für unsere Gegenwart bedeutet (wir u.a. kein CO2 Budget mehr haben), weil wir nicht danach drängend und dringend handeln (den Klimakollaps interessieren keine Ampelkoalitionsverträge). Das alles hat dazu geführt, dass wir auf die Gesamtbevölkerung gesehen, auch und gerade junge Menschen betreffend, nicht mehr anschlussfähig sind. Deswegen war es vorhersehbar, dass unser Bundesvorstand (Omid und Ricarda), mit Ansage, scheitern werden (mein T-Online Artikel/Interview 01/22). Es ist auch keine gute Idee, dass Robert oder Annalena die Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl 2025 werden sollen. Mit beiden verbindet die Bevölkerung diese unsägliche und defacto gescheiterte Ampelkoalition, welche unsere Partei in eine noch größere Krise bringen kann und wird, je länger diese noch andauert. Da wurde einfach viel zu viel über einen richtig großen Zeitraum, aus den falschen aber auch persönlichegoistischen Gründen, 100 Prozent vorher- und absehbar, in den Sand gesetzt. Kann man jetzt so weitermachen, laufenlassen, muss man aber nicht! Heißt, bzw. bedeutet aber auch, dass wir vor allem jetzt einmal anfangen dürfen, eine solide Fehleranalyse durchzuführen, samt 180 Grad Kehrtwende. Denn nach menschlichen Ermessen und logischen Denkgesetzen, wird die Bundestagswahl 2025, bei einem Weiterso, ein Waterloo für unsere Partei. Wir haben es sogar geschafft, das Thema Klimakollaps, mit unserem desaströsen, widersprüchlichen und unzeitgemäßen Regierungshandeln, der breiten Öffentlichkeit gegenüber unattraktiv zu machen, regelrecht zu vergällen.